

RATHAUS ratlos

NACHRICHTEN POLEMIKEN DOKUMENTE DER GRÜNEN IM KÖLNER RAT
NR.14 - NOVEMBER 1986

CDU-SCHACHER UM SÜRTHER AUE

Jahrelang verfolgten CDU und SPD gemeinsame Pläne für einen Containerhafen in Worringen. Nachdem dieser am Widerstand der Bevölkerung und durch die Intervention der Landesregierung gescheitert war, wollte die SPD Godorf als neuen Standort. Dieser Vorschlag rappelte die Christdemokraten, namentlich Vizebürgermeister Dr. Heribert Blens, kräftig durcheinander und zwang die CDU zu einem opportunistischen Zickzackkurs, der mit Verratgeschrei beginnt und mit schnöden Pöstchengeschacher endet.

VERZICHT IST VERRAT

Je heftiger sich der Widerstand gegen die SPD-Pläne der Zerstörung der Sürther Aue im Kölner Süden formierte, desto stärker geriet CDU-Blens unter Druck. Denn schließlich ist er in diesem Wahlkreis Direktkandidat für die Bundestagswahl und da er auf der Landesreserveliste nicht abgesichert ist, muß er um seine Wiederwahl fürchten, falls er der aufmüpfigen Süden nicht in seinen Griff kriegt. Da er aber keine Alternative zu Worringen wußte, warf er in der Juli-Ratssitzung der SPD erst einmal Verrat an der gemeinsamen Hafensache vor und behauptete in Godorf sei zuwenig Platz.

GRÜNE VARIANTE

Das Platzargument zog nun überhaupt nicht, denn schließlich hatte die Bezirksvertretung in Rodenkirchen einstimmig, einer alten grünen Forderung folgend, beschlossen, die Sürther Aue unter Naturschutz zu stellen, um die Hafenerweiterung in Godorf zu verhindern.

Blens sah grün und erklärte öffentlich: „Dr. Blens: Die Sürther Aue wird als Naturschutz- und Erholungsgebiet erhalten und den Godorfern und allen Bewohnern im Süden der Stadt wird eine zusätzliche unvermeidbare Belastung durch Container-LKWs erspart. Das ist jedenfalls mein Ziel und das Ziel der CDU-Fraktion im Kölner Rat.“

(Kölner Wochenspiegel 10.9.86)

Nur wohin mit dem Containerhafen an dem die CDU unbedingt festhalten wollte?

GRÜNE ERLEUCHTUNG

Im Oktober schreckte Blens in seiner Ratlosigkeit nicht vor der Übernahme grüner

Argumente zurück. Die Grünen hatten festgestellt, daß das Hafengelände in Niehl für den Containerbetrieb völlig ausreicht und hatten wiederholt daraufhingewiesen, daß sowohl die Prognosen über die Höhe des künftigen Containeraufkommens wie auch der errechnete Flächenbedarf völlig überhöht waren. Genau diese Argumente trug Dr. Blens nun in der Ratssitzung vom 2. Okt. als auf seinem Mist gewachsene vor und kam zum Ergebnis, daß die Umorganisation des Niehler Hafens ausreicht und Godorf als Reserve- und Ausweichfläche überflüssig ist.

Anstatt nun politischen Mut zu beweisen und zusammen mit den Grünen per Ratsbeschluß (Vorabgespräche gab es schon) den Worringer Hafen sterben zu lassen und die Sürther Aue unter Naturschutz zu stellen, fielen die CDU-Männer mit Blens an der Spitze um und warfen sich diesmal der SPD an den Hals.

SCHWARZE UMFALLER

Die SPD hatte, inzwischen umgeschwenkt, ihr Herz für den Niehler Hafen entdeckt, wollte aber dennoch von Godorf als Reservefläche nicht lassen. Die Wünsche der SPD durch einen Ratsbeschluß direkt erfüllen, wollte die CDU vor den Wahlen allerdings auch nicht. So wurde zwischen den Altparteien ein Kompromiß ausgehandelt, den Blens zwar in einer staatsmännisch vorgetragenen Rede als historischen Kompromiß der großen kölschen Fraktionen verkaufte, der sich aber in butterweichen Formulierungen ergeht und alles offenläßt:

— die Entscheidung über die Sürther Aue wurde in den Stadtentwicklungsausschuß verwiesen,

Altbekannt und doch immer wieder neu ist das Pöstchengeschiebe im Kölner Rat. Diesmal: **CDU verschachert Sürther Aue für Geschäftsführerposten.**

Nach einem Jahr liegt die Verwaltungsanalyse der **Selbsthilfeszene** vor. Unmöglich, so der Kommentar des AK Jugend.

EDITORIAL

Die Hochzeitglocken läuten für die Altparteien. Mehr über die große Verweiskoalition in **Rat im Rückblick.**

Bald ist Halbzeit, die Belegschaft der Grünen wird gewechselt. Wer künftig was in Rat und Ausschüssen tut enthüllt **Rotation 87.**

Dazu: Ein Kommentar zum abgelehnten **Volksbegehren**, Berichte über die Lage der **Zwangsarbeiter** in Köln und aktuelle **Ausschußberichte.**

— Worringen bleibt als Hafenstandort weiter vorgesehen,

— die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines Hafekonzeptes beauftragt mit folgenden Vorgaben:

Containerhafen in Niehl aber Schließung des Deutzer und des Rheinauhafens. Was das bedeutet hatte die Verwaltung vorher schon gesagt. Nämlich daß zumindest Teile der Sürther Aue als Reservefläche für den Ausbau des Godorfer Hafens benötigt werden.

NÜTZLICHE IDIOTEN

In dankenswerter Offenheit faßte Blens in der Oktobersitzung des Rates seinen politischen Schleiertanz noch einmal zusammen:

„Aber ich will Ihnen einmal sagen, meine verehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, wie ich das Verhältnis zu Ihnen in der Hafensache sehe. Solange die SPD auf Godorf festlag und wir mit allen Mitteln Godorf verhindern wollten, ohne dafür die Mehrheit zu haben, waren Sie uns gut und recht, mit Ihren 10 Stimmen diese Mehrheit zu schaffen.“

(Pestemer-Plöthner DIE GRÜNEN: Nützliche Idioten.)

Nachdem die SPD zu erkennen gegeben

hat, daß sie bereit war, von ihrer Position Godorf abzugehen und unsere Position Container-Hafen Niehl zu übernehmen, war es für mich keine Frage, daß der Kompromiß mit den Sozialdemokraten, mit denen wir viele Meinungsverschiedenheiten haben, aber die wir als verantwortungsbewußte Partei kennen, (Bravo-Rufe und Beifall der SPD) daß der Kompromiß mit den Sozialdemokraten jedem Zusammenspiel mit Ihnen, und sei es auch in einer Einzelfrage, vorzuziehen ist". Fragt sich, ob die Wähler im Kölner Süden das auch so sehen, denn schließlich allein die Grünen nach wie vor für den vollen Schutz der Sürther Aue.

PÖSTCHENSCHACHER

Weshalb aber opfert nun die CDU eigentlich die Sürther Aue? Der Grund ist einfach. Schon seit Jahrzehnten ist es zwischen den beiden großen Ratsparteien üblich, Sachentscheidungen gegen persönliche Vorteile für ihre Parteimitglieder aufzurechnen. So auch diesmal. Die CDU gab der SPD nach und die SPD versprach der CDU dafür, daß ihr Parteimitglied Meyer, bisher schon Geschäftsführer bei der KVB, nun auch als zusätzliches Mitglied in die Geschäftsführung der neuen Häfen GmbH kommt.

Um dieses Geschäft perfekt zu machen, wurden dann extra kurz vor der Ratsstimmung der Wirtschafts- und der Finanzausschuß zusammengerufen, denn es mußte die Satzung der neuen GmbH geändert werden. Statt der vorgesehenen zwei wird die Häfen — GmbH jetzt einen völlig überflüssigen dritten Geschäftsführer haben.

VOLKSBEGEHREN ABGELEHNT

Gegen die Ablehnung des Antrags auf Volksbegehren in NRW zur Stilllegung der Atomanlagen durch die Landesregierung beabsichtigt das landesweite Aktionsbündnis Klage beim Landesverfassungsgericht in Münster einzulegen. Gibt das Gericht der Beschwerde der Aktion Volks-

begehren statt, so müßte die SPD-Landesregierung das Volksbegehren zulassen. Da das Gericht mit seiner Entscheidung jedoch an keinerlei Fristen gebunden ist, ist der Zeitpunkt eines möglichen Volksbegehrens völlig ungewiß. Wohl kaum ist mit einer Entscheidung bis zum Bundestagswahltermin zu rechnen. Dabei spielen natürlich in erster Linie politische Interessen eine Rolle und nicht „objektive juristische Zwänge“.

Dies gilt erst recht für die von Rau's Kabinett getroffene Ablehnungsentscheidung. Das Volksbegehren sei „verfassungswidrig", weil mit der Überführung der Atomanlagen in Gemeineigentum aufgrund Artikel 15 des Grundgesetzes der Zweck der Stilllegung und nicht die „Fortführung der Wirtschaftsführung" verfolgt werde. Dabei besteht in der Juristerei weitgehend Einigkeit darüber, daß der „Sozialisierungsartikel" nur die Eigentumsverhältnisse nicht aber die Wirtschaftstätigkeit betrifft.

Rein vom politischen Kalkül sind auch die weiteren Ablehnungsgründe getragen. Weil eine eventuelle Entschädigung der jetzigen Eigentümer finanzielle Wirkung für den Landeshaushalt habe, sei das Volksbegehren unzulässig. Für Finanzfragen ist gesetzlich kein Volksbegehren vorgesehen. Das Aktionsbündnis hatte vorgerechnet, daß die Folgekosten der Atomanlagen ihren Verkehrswert bei einer Entschädigung neutralisieren.

Interessant ist jedoch, daß die Landesregierung auch dann, wenn sie in diesem Punkt den Initiatoren folgen würde, „Unzulässigkeit" konstatiert. Warum? „Weil zumindest der Abriß der Anlagen im Landeshaushalt Kosten verursacht", so Schnoor. Fazit: Da so gut wie jede gesetzliche Maßnahme mittelbar finanzielle Folgen hat, wäre mit dieser Begründung jedes Volksbegehren abzulehnen.

Der Clou ist aber, daß frechweg erklärt wird, daß man sowieso kein Geld für die Stilllegung der AKWs ausgeben wolle. Wundert es da, daß als Schlußpunkt der Ablehnung behauptet wird, daß der THTR 300 in Hamm-Uentrop gar nicht zu entschädigen sei, weil er in erster Linie ein Forschungsreaktor sei. Damit gibt die NRW-SPD erstmals zu verstehen, daß der auf Bundesebene verbal angestrebte Ausstieg die THTR-Anlagen nicht mit umfassen soll.

Mit der Ablehnung hat die Landesregierung eine große Chance vertan, in NRW den ersten Schritt zu tun, den ihr das Aktionsbündnis auf dem goldenen Tablett servierte. Die Ablehnung ist somit für die NRW-SPD gleichsam der Ausstieg aus den Nürnberger SPD-Beschlüssen.
Jörg Frank

AUFGESCHOBEN

Die Kölner Koordination Volksbegehren gegen Atomanlagen, in der eine Reihe von Initiativen und Gruppen zusammengeschlossen sind, führt ihre Arbeit weiter: Weiterverfolgung der Möglichkeiten des Volksbegehrens, Aufklärung über die Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Atomenergie, Konzepte für eine ökologische Energieversorgung auf Ebene der Kommune, Organisation von Aktionen gegen AKWs sind die aktuellen und weiteren Aufgaben.

Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr im Grünen KV-Büro, Michaelstr. 2 b (Nähe Barbarossaplatz), Tel. 21 87 44

GRÜNE FRAUEN SUCHEN FRAUEN

Die Grüne Frauengruppe ist frustriert. Das Nachtaxi, in das so viel Arbeit und Initiative gesteckt wurde, ist am Widerstand der SPD gescheitert.

Der Frust bei Kölns grünen Frauen zeigt sich vor allem in der gesunkenen Anzahl der aktiven Frauen in der Gruppe. Auch die parallel dazu arbeitende grün-autonome Frauengruppe ist derzeit nicht aktiv.

Die Rest-Frauengruppe der Grünen wendet sich daher an alle Frauen, die Interesse an Frauenpolitik haben, und entweder theoretisch oder praktisch in diesem Bereich arbeiten wollen.

Wir freuen uns über jede Frau, die Lust hat, mit uns zusammen ein neues Konzept zu erarbeiten oder Vorschläge zur Weiterarbeit zu entwickeln.

Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag im Monat um 20 Uhr in der grünen Ratsfraktion, Bürgerstr. 2.

Kontakt über: Hannelore Klein 135825 oder Gundi Haep 528380 oder 2214221.

DEMNÄCHST

erhältlich sind die Rathaus Ratlos Sondernummern **Umwelt** und **Stadtentwicklungspolitik** in den Bezirken.